

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 10.11.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Beitritt der Stadt Meerbusch zur Anstalt öffentlichen Rechts "d-NRW AöR" Vorlage: ZD/0500/2016	4
3 Beratung des Haushaltes 2017 - Entwurf / 1. Lesung	4
4 Bericht der Wirtschaftsförderung	5
5 Anträge	5
6 Anfragen	5
6.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 11. Oktober 2016 betr. Städtefreundschaft mit Petah-Tikva Vorlage: ZD/0065/2016	5
6.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 25. Oktober 2016 betr. Schadenersatz LKW-Käufe Vorlage: ZD/0148/2016	6
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
8 Termin der nächsten Sitzung: 1. Dezember 2016	7
9 Verschiedenes	7

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

Vertretung für Frau Dr. Karen Schomberg

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Marc Becker

von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

Frau Heike Reiß Wirtschaftsförderungsreferat

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz

Bereichsleiter Zentrale Dienste

es fehlen:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Thomas Fox

Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt

Herr Michael Gorgs

Pressereferat

Herr Björn Kerkmann

Referent der Bürgermeisterin

Herr Claus Klein

Bereichsleiter Service Immobilien

Frau Gabriele Parschau

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Bettina Scholten

Bereichsleiterin Fachbereich 1

Herr Christian Volmerich

Service Finanzen

Herr Heinrich Westerlage

Bereichsleiter Service Recht

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass kurzfristig noch eine Anfrage der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2017 eingegangen sei, die die Verwaltung unter TOP 3 beantworten wolle.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

2 Beitritt der Stadt Meerbusch zur Anstalt öffentlichen Rechts "d-NRW AöR" Vorlage: ZD/0500/2016

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt den Beitritt der Stadt Meerbusch zur „d-NRW AöR“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage.

3 Beratung des Haushaltes 2017 - Entwurf / 1. Lesung

Zunächst nimmt Herr Fiebig Stellung zur FDP-Anfrage hinsichtlich des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer und der Finanzierungsbeteiligung am „Fonds Deutsche Einheit“. Er erläutert, warum er beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer vom Orientierungswert abgewichen ist. Hinsichtlich der Veranschlagung von Mitteln für den Fonds Deutsche Einheit erklärt er, dass die Veranschlagung eines „0“-Ansatzes so in den Orientierungsdaten beschrieben sei. Hinsichtlich der korrespondierenden Einnahmeposition nach dem ELAG sei es so, dass die Abrechnung der Erstattung zwei Jahre später erfolge, somit also in 2020 noch mit einer Erstattung zu rechnen sei.

Zur dritten Fragestellung der Anfrage bezüglich der Dotierung der Kreisumlage erläutert Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass sie den veranschlagten Betrag aufgrund der veränderten Finanzierung des Umlagebedarfes für richtig erachte. Entgegen der Veranschlagung im Doppelhaushalt erhalte der Kreis voraussichtlich statt 18,1 Mio € 38,4 Mio € an Schlüsselzuweisungen, die Landschaftsumlage würde um gut 2 Mio € geringer, als veranschlagt. Unter Berücksichtigung verschlechterter Umlagegrundlagen ergebe sich für den Kreis eine Verbesserung von rd. 10 Mio €, die aus Sicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an die kreisangehörigen Gemeinden durch eine geringere Kreisumlage weiterzugeben sei. Dies entspreche einer Reduzierung des Hebesatzes auf 39,24% und für die Stadt Meerbusch dem im Entwurf veranschlagten Haushaltsansatz. Der Landrat habe in der gestrigen Konferenz der Bürgermeister allerdings mitgeteilt, die Umlage um nur einen Prozentpunkt auf 39,75% verringern zu wollen. Dies würde für Meerbusch eine Mehrausgabe von 382.000 € bedeu-

ten. Die Bürgermeister würden mit dem Landrat im Dialog bleiben, die Verbesserung vollumfänglich an die Kommunen weiterzugeben.

Im anschließenden Statusbericht zum laufenden Haushalt 2016 stellt Stadtkämmerer Fiebig dar, dass das verabschiedete Defizit sich auf 2,7 Mio. € belaufe. Es seien derzeit jedoch einige Verschlechterungen festzustellen. So sei bei der Gewerbesteuer mit einer Mindereinnahme von rd. 6 Mio. € zu rechnen. Die Einkommensteuer verschlechtere sich um rd. 0,8 Mio. €, während bei der Kreisumlage etwa 1,9 Mio. € mehr aufzuwenden seien. Insgesamt mache dies einen Betrag von rd. 8,7 Mio. € aus.

Dem stehen Verbesserung bei der Erstattung nach dem FlÜAg in Höhe von 2,2 Mio. €, bei der Grundsteuer B von 0,45 Mio. €, bei der Gewinnausschüttung der wbm von 0,6 Mio. €, eine Minder Ausgabe bei den Sach- und Dienstleistungen von 0,8 Mio. €, bei nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen von 0,5 Mio. € und bei vielen kleineren Einzelpositionen in Höhe von 1,5 Mio. € entgegen, was in der Summe rund 6,0 Mio. € ergebe.

Es sei daher damit zu rechnen, dass sich das Jahresergebnis 2016 nochmals um 2,7 Mio. € verschlechtere.

4 Bericht der Wirtschaftsförderung

Frau Reiß trägt den Bericht zur Wirtschaftsförderung in Form einer Powerpoint-Präsentation vor. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die anschließenden Nachfragen bezüglich der Auswirkungen der Messebesucher auf dem Böhler-Areal aus Meerbusch, der Auflistung eingehender Nachfragen nach Gewerbegrundstücken sowie zur Zukunft der Filialen der Lebensmittelkette „Kaisers – Tengemann“ in Meerbusch werden von Frau Reiß bzw. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet.

5 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

6 Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 11. Oktober 2016 betr. Städtefreundschaft mit Petah-Tikva Vorlage: ZD/0065/2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist in der Beantwortung der Anfrage zunächst daraufhin, dass es in der Vergangenheit keine formale Städtefreundschaft zwischen der Stadt Meerbusch und Petach-Tikva gegeben habe. Bei den gegenseitigen Besuchen im Zeitraum zwischen 1992 bis 2001 habe es sich um Jugendaustauschmaßnahmen gehandelt, die vom Stadtjugendring organisiert und mit städtischen Mitteln aus dem Jugendförderplan bezuschusst worden seien. Die heutigen Mitglieder des Stadtjugendringes sähen ihre Arbeitsschwerpunkte in anderen Bereichen. Begegnungen zwischen Bürgermeistern oder anderen Funktionsträgern habe es nicht gegeben.

Bei der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss zur Gründung einer weiteren Städtepartnerschaft neben Fouesnant sei auch eine engere Verbindung bzw. eine Städtepartnerschaft mit Petach-Tikva erörtert worden. Hierzu habe die Rheinische Post auch eine Leserumfrage durchgeführt. Von fünf möglichen Städten habe eine Partnerschaft mit Petach Tikva seinerzeit die geringste Zustimmung erfahren. Nach zweijähriger Diskussion habe der Rat dann im Mai 2010 den Beschluss für eine Städtepartnerschaft mit Shijonawate gefasst.

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 25. Oktober 2016 betr. Schadenersatz LKW-Käufe Vorlage: ZD/0148/2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, die Europäische Kommission habe am 19.07.2016 gegen die LKW-Hersteller MAN, Daimler, Volvo, Renault, Iveco und DAF Bußgeldbescheide wegen eines sogenannten Lastwagenkartells erlassen. Danach müssen diese Hersteller wegen illegaler Preisabsprachen **von 1997 – 2011** Geldbußen in Höhe von insgesamt **€ 2,93 Milliarden** bezahlen.

Die Entscheidungen seien zwar rechtskräftig, bisher aber noch keine detaillierten Entscheidungsbeurteilungen veröffentlicht worden, aus denen sich Genaueres über die betroffenen Produkte, geographischen Märkte und Anhaltspunkte für die jeweils verursachten Preisüberhöhungen entnehmen lassen.

Die kommunalen Spitzen-Verbände hätten mitgeteilt, dass die Absprachen den gesamten Europäischen Wirtschaftsraum im Zeitraum von 1997 - 2011 betrafen und sich auf mittelschwere (Nutzlast zwischen 6 und 16 Tonnen) sowie schwere Lastkraftwagen (Nutzlast über 16 Tonnen) bezogen.

Die Verwaltung habe unter Berücksichtigung der Hinweise der Kommunalen Spitzenverbände eine noch nicht abgeschlossene Prüfung etwaiger Ansprüche begonnen, um diese rechtzeitig sichern und durchsetzen zu können.

Im Kartellzeitraum seien Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen und Hubsteiger für den Stadtbauhof angeschafft worden. Die Anschaffungen erfolgten 1998, 2000 bzw. 2005. Die LKW sind aber alle nicht mehr in Benutzung der Stadt sondern wurden weiterverkauft.

Weitere Beschaffung von den betroffenen Herstellern sind für die Feuerwehr erfolgt.

Die Stadt werde die Hersteller der städtischen Fahrzeuge auffordern, Schadenersatz für alle betroffenen Fahrzeuge zu leisten. Anderenfalls werden Ansprüche soweit erforderlich rechtzeitig gerichtsanhängig gemacht. Falls außergerichtlich auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird, können weitere Einzelheiten und Ergebnisse anderer Verfahren (z. B. ökonomische Gutachten) ggf. abgewartet werden.

Die Verjährungsfristen für solche Kartellschäden seien allerdings komplex, so dass schon deshalb eine lange Auseinandersetzung wegen der teilweise weit mehr als 10 Jahre zurückliegenden Anschaffungen bevorstehen könne.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis. Es wird allerdings einvernehmlich festgestellt, dass der in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 22.09.2016 unter TOP 12.3.1 behandelte Antrag auf Optimierung des Betriebes der Bürgerbüros sich noch in der Prüfung befindet und daher noch nicht erledigt ist.

8 Termin der nächsten Sitzung: 1. Dezember 2016

Die nächste Sitzung findet am 1. Dezember 2016 um 16.00 Uhr statt.

9 Verschiedenes

Ratsherr Staudinger-Napp fragt nach dem Stand der Vergabe der Bürgergelder. Die Verwaltung sagt Prüfung zu:

Anmerkung des Schriftführers:

Nach dem Stand vom 11.11.2016 sind 6.115,59 € investiv und 2.379,46 € konsumtiv abgeflossen, Konsumtiv gibt es weitere Vormerkungen in Höhe von 9.997 €.

Ratsherr Dennecke fragt nach, was mit dem Namen der aufgelösten „Erwin-Heerich-Schule“ und mit den von der Familie zur Verfügung gestellten Kunstexponaten geschehe. Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die Namen beider Schulen (also auch Barbara-Gerretz-Schule) nach deren Auflösung ausgelaufen seien. Die neu gebildete Schule im Gebäude der ehemaligen Hauptschule am Wienenerweg müsse sich noch mit der Namensfindung befassen. Bezüglich der Exponate sagt er Prüfung zu.

Meerbusch, den 8. Dezember 2016

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer/in